

# VAMED-Ausverkauf:

## **Weitere Privatisierung des Gesundheitssystems. Gefahr für Leistung und Qualität der Rehabilitationsversorgung (REHA) in Österreich und für die Reha-Beschäftigten durch Personalabbau und Lohndumping.**

2018 erfolgte die Umfärbung, Umstrukturierung und Zentralisierung der Krankenkassen der Arbeiter und Angestellten (GKK in ÖGK) durch die ÖVP-FPÖ-Regierung mit einem Privatisierungsauftrag und der Mehrheitsbeschaffung für die Wirtschaft in der Krankenkasse der Arbeiter und Angestellten. Jetzt folgte unter der ÖVP-Grün-Regierung nun ein weiterer Schritt. Die VAMED, unter der SPÖ-ÖVP-Regierung bereits 1996 privatisiert, an der bis zuletzt Österreich über den Staat vermittelt der Staatsholding ÖBAG noch 13% und durch die Privatstiftung B&C 10% (hat auch die Mehrheit an früheren verstaatlichten Industriekonzernen wie Lenzing, AMAG, Semperit), hielt, verkauften ihre Anteile an den privaten VAMED-Eigentümer Fresenius. Fresenius wiederum hat nun den AKH-Betrieb an STRABAG und PORR, den REHA-Bereich an das französische Private-Equity-Unternehmen PAI Partners verkauft. Die absolut berechnete Befürchtung ist, dass dieser "Heuschrecken"-Konzern PAI, der nach Eigenaussagen Zukäufe nach spätestens 6 Jahren wieder gewinnbringend verkaufen will, den REHA-Bereich zum Schaden von Patient:innen und Beschäftigten kaputt "spart". Das Beispiel Englands zeigt wie sich Privatisierung des Gesundheitswesens negativ auswirkt, dass privatisierte Gesundheitsversorgung für die Menschen eine Katastrophe ist. Dort hat sich der Anteil der öffentlichen Pflegebetten seit 1980 von 66% auf 4% reduziert. Nicht zuletzt durch das an die Wand fahren des Gesundheitssystems haben die britischen Konservativen zuletzt die Wahl haushoch verloren. In Österreich ist aber auch Gefahr in Verzug: hier hat sich der Anteil der öffentlichen Pflegebetten seit 1980 von 76% auf 49% reduziert. Der VAMED-Verkauf ist ein weiterer Schritt in diese gefährliche Richtung.

Die Regierung stellt sich tot, dabei vermuten Kritiker, dass der Verkauf der Österreich-Anteile an der VAMED durch die ÖBAG und die B&C vor dem Fresenius-Verkauf der REHA-Sparte an den privaten französischen Heuschrecken-Konzern PAI letzteren erst ermöglichte. Eben mit den beschriebenen weitreichenden negativen Folgen.

„Dieser Verkauf macht klar, wie instabil die öffentliche Versorgung durch international tätige private Investoren, die kein Interesse an einer solidarischen Versorgung haben, ist“, sagt ÖGK-Arbeitnehmer-Obmann Andreas Huss. Er gehe davon aus, dass die Betriebe durch Leistungskürzungen und

Personaleinsparungen zusammengestutzt und gewinnbringend weiterverkauft werden. Deshalb fordert der ÖGK-Obmann: Die ÖGKe soll selber Rehazentren betreiben. Huss: „Unternehmen, die in das Gesundheitssystem investieren, sind selten daran interessiert, das solidarische Gesundheitssystem aufrecht zu erhalten, sondern auf Profite ausgerichtet.“ Die Kasse sollte nach der Vamed-Zerschlagung Rehazentren selbst betreiben, was zusätzliche finanzielle Belastungen verursacht. „Es wird mehr Geld benötigt, um eine angemessene Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Diese sollte mit Steuergeldern finanziert werden“, sagt Huss (Zitate: Krone, 2.7.2024).

### Weiter Hintergrundinfos von ÖGB, AK, ÖGK, Medien:

[ÖGB-Katzian: Wirtschaftsminister Kocher ist gefordert, die VAMED-Übernahme zu prüfen | ÖGB Österreichischer Gewerkschaftsbund, 07.07.2024 \(ots.at\)](#)

[ÖGB-Schuberth/VAMED-Verkauf: Moralisch und gesetzlich sind alle Voraussetzungen für die Investitionsprüfung erfüllt | ÖGB Österreichischer Gewerkschaftsbund, 09.07.2024 \(ots.at\)](#)

[Reha in Gefahr - Gewerkschaftschef will Vamed-Verkauf prüfen | krone.at](#)

### REHA IN GEFAHR

# Gewerkschaftschef will Vamed-Verkauf prüfen

[Politik](#)

Krone 07.07.2024 06:15

**Der geplante Verkauf von Reha-Einrichtungen in ganz Österreich gefährdet die Gesundheitsversorgung.** ÖGB-Chef Wolfgang Katzian fordert daher eindringlich eine nachträgliche Überprüfung des Vamed-Deals. „Wir haben massive Bedenken, was den Verkauf dieser wichtigen Infrastruktur angeht“, sagt er im Gespräch mit der „Krone“.

Die Vamed-Übernahme durch das Unternehmen PAI betrifft zahlreiche österreichische Reha- und Gesundheitseinrichtungen. Private-Equity-Unternehmen wie PAI Partners stünden nicht für Kontinuität ihrer Investitionen, sagt Katzian. Das Unternehmen gebe die durchschnittliche **Haltedauer für Investitionen selbst mit sechs Jahren an.** „Dann erfolgt die Weiterveräußerung der Unternehmensanteile

mit dem Ziel einer Vervielfachung des Kaufpreises. „Es liegt auf der Hand, dass diese Profitorientierung zulasten der Qualität der Leistungen und der Beschäftigten geht“, sagt Katzian. Und betont: „Viele internationale Beispiele belegen das.“

### **Gesetz sieht Untersuchung problematischer Erwerbsvorgänge vor**

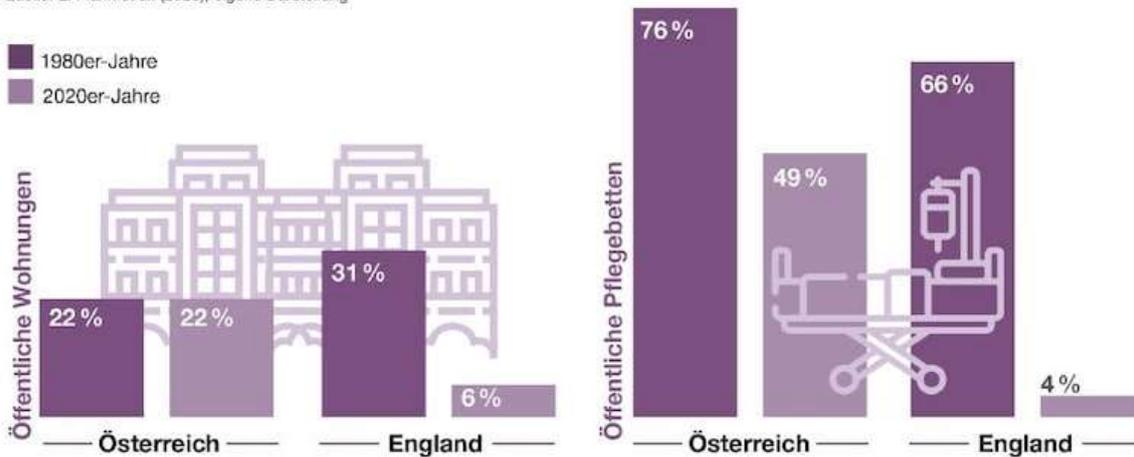
Die Gewerkschaft will den Deal verhindern und glaubt dafür eine rechtliche Möglichkeit gefunden zu haben: Mit der Investitionskontrolle hat das österreichische Wirtschaftsrecht ein Instrument, mit dem potenziell problematische Erwerbsvorgänge an kritischen Unternehmen untersucht werden müssen. Auf Basis einer Investitionsprüfung können Auflagen erteilt oder auch der Erwerbsvorgang untersagt werden. Der ÖGB fordert daher Wirtschaftsminister Martin Kocher (ÖVP) auf, diesen Verkauf gemäß dem Bundesgesetz über die Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen (Investitionskontrollgesetz) zu prüfen. PAI hat seine Niederlassung in Frankreich, 55 Prozent seiner Investoren kommen aus EU-Drittstaaten. „Eine genaue Auflistung der Investoren wurde nicht öffentlich gemacht. Medienberichte belegen allerdings unsere Vermutung, dass Investoren durchaus starken Einfluss auf die Geschäftstätigkeiten haben. Schon allein wegen der undurchsichtigen Struktur des Unternehmens und seines Geschäftsmodells muss dieses Geschäft untersagt werden. Die Sicherheit der österreichischen Gesundheitsversorgung darf nicht aufs Spiel gesetzt werden“, so Katzian abschließend.

Kassen-Obmann Andreas Huss bezeichnete PIA zuletzt im Gespräch mit der „Krone“ als „Heuschrecke“. Das sind Finanzinvestoren, die Unternehmen kaufen, umstrukturieren und mit Gewinn verkaufen. Das wird meistens begleitet von Personalabbau und Leistungskürzungen oder -einschränkungen für die Kunden. Auch die Arbeiterkammer warnt davor, dass internationale Konzerne und Finanzinvestoren immer mehr Bereiche der sozialen Infrastruktur vereinnahmen. In Österreich geht diese Entwicklung langsamer voran als in anderen Ländern, dennoch sind Gemeinwohl und die Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft gefährdet. Als warnendes Beispiel gilt Großbritannien, dort ist der Anteil öffentlicher Betten in der stationären Altenpflege seit den 1980er-Jahren von zwei Drittel auf knapp vier Prozent (!) gefallen.

## Wohnungen und Pflegebetten:

Anteil der öffentlichen Hand in England und Österreich im Vergleich

Quelle: L. Plank et al. (2023), eigene Darstellung



Um Entwicklungen wie in England oder teilweise auch Deutschland zu verhindern und die Gemeinwohlorientierung der kritischen sozialen Infrastruktur sicherzustellen, sollten die Gemeinnützigkeit gestärkt und profitorientierte Investoren zurückgedrängt werden, fordert die AK. Ähnlich wie bei der Regelung von Primärversorgungszentren, wo Finanzinvestoren vorausschauend ferngehalten wurden, könnte man auch für andere Bereiche einen Schutzschirm überlegen.

### Investoren sollen Nutzen für Land und Leute darlegen

Zudem soll das auf geopolitische Sicherheitsrisiken ausgerichtete Investmentsscreening zusätzlich Risiken für das Gemeinwohl einbeziehen. Anknüpfungspunkte dazu liegen etwa im kanadischen „Investment Screening“, wo der werbende Investor den Netto-Nutzen seiner Investition für Kanada darlegen muss. Die Arbeiterkammer fordert zudem eine Investitionsoffensive durch die öffentliche Hand.

Petja Mladenova

---

[Profite mit Gesundheit - Vamed: Droht nach Ausstieg des Staates Ausverkauf? | krone.at](#)

**PROFITE MIT GESUNDHEIT**

# Vamed: Droht nach Ausstieg des Staates Ausverkauf?

[Politik](#)

Krone, 02.07.2024 06:00

**Es war ein Knalleffekt, der bisher politisch wenig Beachtung fand: Der Gesundheitskonzern Vamed mit über 20.000 Mitarbeiter wird zerschlagen und an mehrere Konzerne verkauft. Möglich wurde das durch den Rückzug des Staates. Nun herrscht Sorge um den Fortbestand von Dutzenden Reha-Kliniken in Österreich.**

Die Vamed betreibt nicht nur Rehasentren, sondern hat auch Anteile an einigen Thermen in Österreich (u.a. Therme Wien, Geinberg, St. Martins) und sie ist zuständig für die technische Betriebsführung am Wiener AKH. Die Geschäftsbereiche der Vamed werden nun auf verschiedene Unternehmen aufgeteilt.

## **Konzern mit Milliarden-Umsatz**

Die Staatsholding ÖBAG gab ihren Anteil von 13 Prozent an den deutschen Mehrheitseigentümer, den börsennotierten Krankenhausbetreiber Fresenius, ab. Der Krankenhausdienstleistungsbereich der Vamed hat einen Umsatzanteil von 30 Prozent. Vamed verzeichnete 2023 einen Umsatz von 2,36 Milliarden Euro, schrieb aber rote Zahlen. Der operative Verlust betrug im Vorjahr 16 Millionen Euro.

## **Wurden Reha-Kliniken an „Heuschrecke“ verscherbelt?**

Ein großer Teil der Vamed-Mitarbeiter ist in den Reha-Kliniken beschäftigt, die Anfang Mai mehrheitlich an die Beteiligungsgesellschaft PAI Partners verkauft wurden. Dieser Verkauf ist höchst umstritten. Deutschlands Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) sprach im Zusammenhang mit Geschäften von PAI im deutschen Gesundheitssektor von „Heuschrecken“. PAI hatte in Frankreich im Jahr 2014 eine der größten Pflegeheimketten Europas erworben und nur drei Jahre später mit hohem Gewinn an einen fragwürdigen britischen Investor weiterverkauft. Seither wird über eine massive Verschlechterung der Behandlungsqualität geklagt.

***Dieser Verkauf macht klar, wie instabil die öffentliche Versorgung durch international tätige private Investoren, die kein Interesse an einer solidarischen Versorgung haben, ist.***



ÖGK-Arbeitnehmer-Obmann Andreas Huss  
Bild: APA/Tobias Steinmaurer

Ähnliches wird auch in Österreich vermutet. Es bestehe die berechtigte Vermutung, dass der Fonds dies nur als kurzfristige gewinnbringende Verwertung sehe, so etwa ÖGK-Arbeitnehmer-Obmann Andreas Huss. Er gehe davon aus, dass die Betriebe durch Leistungskürzungen und Personaleinsparungen zusammengestutzt und gewinnbringend weiterverkauft werden, sagt Huss im Gespräch mit der „Krone“.

**Kasse soll selber Rehasentren betreiben**

„Unternehmen, die in das Gesundheitssystem investieren, sind selten daran interessiert, das solidarische Gesundheitssystem aufrechtzuerhalten, sondern auf Profite ausgerichtet.“ Die Kasse sollte nach der Vamed-Zerschlagung Rehasentren selbst betreiben, was zusätzliche finanzielle Belastungen verursacht. „Es wird mehr Geld benötigt, um eine angemessene Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Diese sollte mit Steuergeldern finanziert werden“, sagt Huss. Durch den Verkauf der Vamed sind viele Rehasentren gefährdet, darunter ein Kinderrehasentrum in Salzburg, ein Rehasentrum für Krebspatienten und eines für Drogensüchtige.

**SPÖ fordert Umkehr**

Der burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (SPÖ) ortet eine „gefährlichen Fehlentwicklung“. und fordert Kanzler Karl Nehammer zum Einschreiten auf. SPÖ-Chef Andreas Babler schließt sich dem an, auch die Ärztekammer übt Kritik. „Wir müssen aus den Fehlern anderer Länder lernen. Beispiele wie Großbritannien zeigen deutlich, dass Privatisierungen im Gesundheitswesen zu einem ungleichen Zugang zu Gesundheitsleistungen und zusätzlichen Kosten für die Patienten führen“, warnt auch der Volksanwaltssprecher der SPÖ, Rudolf Silvan.

Die ÖVP und allen voran das für die ÖBAG zuständige Finanzministerium verteidigt den Deal und weist den Vorwurfe, dass an eine „Heuschrecke“ verkauft worden sei, zurück. Der Konzern PAI sei aus der Branche und sehr erfolgreich, heißt es.

## **In Niederösterreich soll das Land einspringen**

Die SPÖ Niederösterreich fordert nun, dass das Land einspringt und die Standorte übernimmt. „Die Vamed hat in Niederösterreich mit der Rehabilitationsklinik für psychische Gesundheit in Gars am Kamp, dem psychosomatischen Zentrum Waldviertel und dem Seniorenzentrum in St. Corona am Schöpfl drei Standorte.“ Das Land solle diese übernehmen, um sicherzustellen, dass diese Einrichtungen im öffentlichen Interesse und zur Gewährleistung einer hochwertigen Gesundheitsversorgung betrieben werden. „Denn was keinesfalls geschehen darf, ist, dass Profitgier und Gewinnmaximierung Priorität über das Wohlergehen der Patienten gewinnen“, sagt Kontroll-Landesrat und Landesparteichef Sven Hergovich.

Petja Mladenova

---

[Verkauf von Vamed-Teilen sorgt für Reha-Debatte – mnews – medianet.at](#)

# **Verkauf von Vamed-Teilen sorgt für Reha-Debatte**

## **17 österreichische Reha-Einrichtungen gehen von der Vamed an eine französische Beteiligungsgesellschaft.**

•• Von Martin Rümmele  
media.nat / 28.6.2024

Die Filetierung des Spitals- und Gesundheitsdienstleisters Vamed durch den deutschen Mutterkonzern Fresenius sorgt für Debatten im heimischen Gesundheitswesen. Sorge macht vor allem der Verkauf der Reha-Einrichtungen an die französische Beteiligungsgesellschaft PAI Partners. Die Investoren erwerben wie berichtet eine Kontrollmehrheit von 67% am Vamed-Rehabilitationsgeschäft. Fresenius halte den Rest, um an Wertsteigerungen zu partizipieren. Das Rehabilitationsgeschäft umfasst 67 Einrichtungen mit 9.100 Betten und rund 9.500 Beschäftigten in Deutschland, Österreich, der Schweiz, der Tschechischen Republik und Großbritannien. 17 Einrichtungen stehen in Österreich.

### *Kritik aus der ÖGK*

„Es besteht die berechtigte Vermutung, dass der Investmentfonds diesen Ankauf nicht als langfristiges Investment, sondern nur als kurzfristige gewinnbringende Verwertung sieht. Die durchschnittliche Behaltdauer von Firmenbeteiligungen durch den Investmentfonds liegt offenbar bei nur vier Jahren“, sagt ÖGK-Arbeitnehmer-Obmann Andreas Huss. „Dieser Verkauf macht klar, wie instabil die öffentliche Versorgung durch international tätige private Investoren ist, die kein Interesse an einer solidarischen Versorgung haben.“ Das Beispiel zeige einmal mehr, wie wichtig eine stabile öffentliche Versorgung durch eigene Einrichtungen der Sozialversicherung ist.

Huss: „Internationale Investoren sind sehr oft keine verlässlichen Partner einer stabilen solidarischen Versorgung für unsere Versicherten.“ SPÖ Volksanwaltschaftssprecher Rudolf Silvan, Mitglied im Gesundheitsausschuss des Nationalrats, äußert ebenfalls scharfe Kritik am Verkauf der Vamed-Reha-

Sparte. „Der Verkauf von wichtigen Gesundheitseinrichtungen an ausländische Investoren ist ein Schlag ins Gesicht für unser Gesundheitssystem und die Menschen, die darauf angewiesen sind“, sagt Silvan. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die Gesundheitsversorgung der Profitgier internationaler Konzerne geopfert wird.“ Privatisierung würden niemals Verbesserungen für Patienten bringen, verweist der Volksanwaltschaftssprecher auf seine Erfahrung.

So habe die Volksanwaltschaft mehrfach menschenunwürdige Zustände in privat geführten Pflegeheimen, wie zum Beispiel in jenen der Firma SeneCura, aufgedeckt. Letztere gehört mit Orpea ebenfalls einer französischen Gruppe. Vamed betreibt österreichweit bedeutende Reha-Zentren, die eine wesentliche Rolle in der medizinischen Versorgung und Rehabilitation der Patienten spielen. „Der Verkauf an einen Fonds, der für schnelle und lukrative Geschäfte bekannt ist, lässt befürchten, dass die Qualität der Versorgung zugunsten der Gewinnmaximierung leiden wird“, warnt Silvan. „Wir müssen aus den Fehlern anderer Länder lernen. Beispiele wie Großbritannien zeigen deutlich, dass Privatisierungen im Gesundheitswesen zu einem ungleichen Zugang zu Gesundheitsleistungen und zusätzlichen Kosten für Patienten führen. Das darf bei uns nicht passieren!“

### *Vorwurf an ÖBAG*

Für Unverständnis sorgt, dass die bundeseigene Beteiligungsgesellschaft ÖBAG ihren 13%-Anteil an der Vamed ebenfalls verkauft. Silvan mahnt in diesem Zusammenhang die Rolle des zuständigen Finanzministers Magnus Brunner (ÖVP) ein: „Es ist völlig unverständlich, wieso sich die ÖBAG und damit auch der zuständige Minister Brunner ohne jegliche öffentliche Diskussion hier aus der Pflicht nimmt und damit eine immense Unsicherheit bei den Österreichern auslöst“, kritisiert Silvan.

Wie berichtet, übernimmt ein Konsortium der Baukonzerne Porr und Strabag das Österreich-Kerngeschäft der Vamed. Übernommen werden Anteile an mehreren Thermen, die technische Betriebsführung AKH Wien und das österreichische Vamed-Projektgeschäft.

Martin Rümmele

-----  
[Gesundheit als Geschäft: Gehen Österreichs Reha-Zentren an einen französischen Heuschrecken-Investor? - Unternehmen - derStandard.at > Wirtschaft](#)

## UMSTRITTENES GESCHÄFT

# Gesundheit als Geschäft: Gehen Österreichs Reha-Zentren an einen französischen Heuschrecken-Investor?

Ein Investmentfonds aus Paris soll anstelle des österreichischen Gesundheitskonzerns Vamed zahlreiche Reha-Einrichtungen im Land übernehmen. In den Bundesländern wächst die Sorge um die Zukunft der Einrichtungen

Joseph Gepp

20. Juni 2024, 06:00  
, 773 Postings

Was haben das Neurologische Therapiezentrum im steirischen Kapfenberg, die Rehabilitationsklinik für Psychiatrie in Gars am Kamp im Waldviertel und die

orthopädische Rehaklinik in Wien-Baumgarten gemeinsam? Nicht nur sind sie wichtige und kritische Einrichtungen für die Gesundheitsversorgung. Sie gehören auch alle, zumindest zum Teil, demselben Eigentümer: dem bisher teilstaatlichen Gesundheitskonzern Vamed AG mit Sitz in Wien, der einst in den 1980er-Jahren aus der Voestalpine hervorging.

Nun allerdings geht die Sorge um die Zukunft vieler österreichischer Reha-Einrichtungen um. Sie werden aller Voraussicht nach den Eigentümer wechseln. Die Vamed verkauft bis Jahresende ihre Reha-Sparte, zu der in Österreich 17 Häuser gehören, neben Reha-Zentren etwa auch Altersheime und Entzugskliniken. 67 Prozent dieses Bereichs sollen an die PAI Partners gehen, einen französischen Investmentfonds. Er machte bisweilen mit schnellen und lukrativen Geschäften von sich reden – auf Kosten der Qualität, wie Kritiker meinen.

Die Vamed, Österreichs wichtigster Gesundheitskonzern mit Sitz in Wien, wird aufgespalten und abverkauft. Die Reha-Sparte geht mehrheitlich an den französisch-luxemburgischen Investmentfonds PAI Partners.imago/CHROMORANGE

Was ist der Hintergrund für den Verkauf? Die Vamed steckt schon länger in einer tiefen Krise. Nun hat sich der deutsche Vamed-Mehrheitseigentümer, der Gesundheitskonzern Fresenius mit Sitz nahe Frankfurt, zum harten Durchgreifen entschlossen: Die Vamed wird aufgespalten und abverkauft.

Da wären einerseits mehrere österreichische Thermen und der Betrieb des Wiener Allgemeinen Krankenhauses, alles bisher im Eigentum der Vamed: Sie gehen an einen Zusammenschluss der Baukonzerne Strabag und Porr.

Andererseits gibt es auch besagten Reha-Bereich. Laut Konzernangaben handelt es sich dabei um insgesamt 67 Einrichtungen mit rund 10.000 Mitarbeitern, neben Österreich etwa auch in Deutschland und der Schweiz. Jährlich versorgen sie rund 100.000 Patientinnen und Patienten. Die voraussichtlichen künftigen Eigentümer dieser Sparte: zu 33 Prozent der Vamed-Mutterkonzern Fresenius, zu 67 Prozent zuvor genannte PAI Partners. Dass der Deal zustande kommt, ist laut Insidern bereits beschlossene Sache.

Staat steigt aus

Um den Weg für die umwälzenden Verkäufe zu ebnet, sind zuvor noch die Minderheitseigentümer aus der Vamed ausgestiegen. Sie gehörte bis vor kurzem nämlich nicht Fresenius alleine, sondern daneben auch der Republik Österreich in Form der Öbag (13 Prozent). Außerdem war die B&C-Privatstiftung beteiligt (zehn Prozent), eine Gründung der Bank Austria, die Industriebetriebe in Österreich hält (*siehe Grafik*). Diese Minderheitsgesellschafter sind jetzt draußen, um vor den Verkäufen reinen Tisch zu machen.

Was aber bedeutet all das für Österreichs Reha-Zentren? Die PAI, deren Zentrale in Paris ist mit rechtlichem Sitz in Luxemburg, war einst die Investmentabteilung der französischen Großbank PNB Paribas. Im Jahr 2002 ging sie unabhängige Wege. Heute ist PAI ein Private-Equity-Fonds: Das Unternehmen veranlagt also Gelder reicher Investoren abseits von Börsengeschäften. Die Eigentümerstruktur von PAI ist intransparent. Ein großer Anteilseigner ist – neben einigen reichen Privatpersonen, etwa aus Großbritannien und Deutschland – Blue Owl, ein weiterer Private-Equity-Fonds mit Sitz in New York.

"Starke Reputation"

Auf seiner Website betont PAI seine "umfangreiche Erfahrung im Gesundheitsbereich" und seine "starke Reputation betreffend Pflegedienstleistungen". Doch das sehen längst nicht alle so. Kritiker werfen PAI vor, den Wert seiner Investments etwa mittels Minilöhnen, Rationalisierungen und raffinierter Finanzgeschäfte kurzzeitig hochzutreiben und bald danach wieder zu verkaufen. Dies beschere zwar oft gute Einnahmen, könnte sich aber negativ auf die Qualität der Einrichtungen auswirken.

# Die Vamed AG wird aufgespalten

## Vamed alt



## Vamed neu

Management von  
Krankenhäusern  
und internationalen  
Geschäften

wird aufgelassen  
oder an Fresenius  
übertragen

Thermen,  
Wiener AKH-Betrieb

**50 %** Strabag  
**50 %** Porr

Reha-Zentren

**67 %** PAI Partners  
**33 %** Fresenius

Quellen: Vamed | DER STANDARD

## DER STANDARD

Im Jahr 2021 etwa berichtete das Journalistennetzwerk Investigate Europe über die französische Pflegeheimkette Domus Vi, eine der größten in Europa. Sie war im Jahr 2014 von PAI Partners um eine halbe Milliarde Euro gekauft worden, um sie lediglich drei Jahre später an einen britischen Investor weiterzuverkaufen: für mehr als zwei Milliarden. Es war also eine immense Wertsteigerung in einem eigentlich konservativen Geschäftsfeld. In den Jahren danach begannen die Probleme. Die Belegschaft beklagte Überlastung und Sparmaßnahmen. Die Qualität der Pflege brach ein. Die Profite aus den Pflegeheimen versickerten laut Investigate Europe in einem intransparenten Firmengeflecht auf der steuerfreien Kanalinsel Jersey.

"Dringend unterbinden"

In Deutschland indes erwarb PAI im Jahr 2019 eine Kette von Zahnarztpraxen, mittlerweile die zweitgrößte im Nachbarland. Auch hier läuft nicht alles gut. Der Mutterkonzern zeige keinerlei Interesse "an den Bedürfnissen vor Ort", klagten Zahnärzte im Jahr 2023 in der deutschen Zeitung *Welt* – und berichteten von Verwaltungsproblemen, etwa betreffend den Nachschub an Praxisbedarf. Zahnärzte

und Mitarbeiter hätten aufgrund solcher Zustände die Motivation verloren; letztlich hätten gar Praxen zugesperrt.

Ein allzu investorengetriebenes Gesundheitssystem "hat negative Auswirkungen auf die Qualität der medizinischen Versorgung", urteilte die deutsche NGO Finanzwende Recherche im Frühjahr 2023 – mit Blick auf PAI und andere Private-Equity-Investoren im Gesundheitsbereich. Diese Folgen "reichen von mehr medizinisch unnötigen Zusatzleistungen bis hin zu Untersuchungsleistungen, die aufgrund von geringer Rentabilität ausbleiben". Die deutsche Politik reagiert: Der sozialdemokratische Gesundheitsminister Karl Lauterbach stellte Anfang 2023 eine strengere Regulierung von Investorenbeteiligungen in medizinischen Bereichen in Aussicht. "Wir beobachten, dass internationale Firmen zum Beispiel Praxen von Zahnärzten übernehmen, um damit Geld zu machen", erklärte Lauterbach in der Wochenzeitung *Zeit*. Es gelte, den "Einstieg dieser Heuschrecken in Arztpraxen zu unterbinden". In Österreich sorgt übrigens eine Regelung im Ärztegesetz, zustande gekommen auf Druck der Ärztekammer, dafür, dass Finanzinvestoren nicht in sogenannte Primärversorgungszentren einsteigen dürfen.

"Kein Geschäft für Hedgefonds"

Was jedoch die Reha-Zentren betrifft, geht nun die Sorge um. Das zeigt sich vor allem in den Bundesländern, wo sich die Reha-Zentren befinden. In Oberösterreich etwa fordert die oppositionelle SPÖ, Anteile an Reha-Kliniken aufzustocken. Der Hintergrund: Zwei oberösterreichische Vamed-Zentren, in Enns und Gmundnerberg, gehören nicht nur der Vamed allein, sondern daneben auch zum kleineren Teil dem Land. Die schwarz-blaue Landesregierung will "ergebnisoffen" das Vorgehen prüfen, erklärte Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner (ÖVP) Anfang Juni im Linzer Landtag.

Ähnlich in Niederösterreich. Hier gehören drei Zentren im Waldviertel mehrheitlich dem Land Niederösterreich und daneben, zum kleineren Teil, der Vamed. Das Bundesland habe deshalb ein Vetorecht, was den Verkauf der Einrichtungen an die PAI Group betrifft, erklärt Jan Teubl, Sprecher des verantwortlichen Finanzlandesrats Ludwig Schleritzko (ÖVP): "Wir prüfen gerade, ob wir dem Verkauf zustimmen." Kritik kommt auch in Niederösterreich von der oppositionellen SPÖ: Die Landesregierung "muss dafür sorgen, dass das Land die Anteile an den Reha-Zentren selbst übernimmt, statt sie der Spekulation zu überlassen", sagt SPÖ-Niederösterreich-Chef Sven Hergovich auf STANDARD-Anfrage. "Gute Gesundheitsversorgung darf kein Geschäft für Hedgefonds sein."

Vom Staat zum Staat?

Sollten die Bundesländer einzelne Reha-Zentren letztlich tatsächlich übernehmen, wäre das Resultat jedenfalls kurios: Kurz nachdem die Republik in Form der Öbag ausgestiegen ist, würde die Republik in Form der Bundesländer wieder einsteigen.

Was sagt die Vamed zu all dem? "Unter dem Dach von PAI", heißt es in einer knappen Stellungnahme an den STANDARD, sehe man "eine vielversprechende Zukunft durch den vollen Fokus auf die gezielte Weiterentwicklung dieses Geschäftsfeldes".

Und die PAI selbst? In einer Stellungnahme an den STANDARD verweist das Unternehmen auf sein "hochwertiges Portfolio von Gesundheitsunternehmen". Man könne "eine starke Erfolgsbilanz im Gesundheitssektor" vorweisen, die darauf basiere, "Gesundheitsaktivitäten an den Bedürfnissen der Gesellschaft auszurichten". Und man arbeite stets daran, "die Qualität und die Erfahrungen der Patienten zu verbessern". (Joseph Gepp, 20.6.2024)

### Weiterlesen:

[Deutsche Fresenius verstärkt Druck auf Krankenhausdienstleister Vamed](#)

[Österreichs Staat zieht sich aus Vamed zurück](#)

### Update 26.6.:

[ÖBAG und B&C ziehen sich aus Vamed AG zurück - news.ORF.at](#)

## ÖBAG und B&C ziehen sich aus Vamed AG zurück

ORF, 4. Juni 2024, 11.16 Uhr

Teilen

Die Staatsholding ÖBAG und die B&C-Gruppe ziehen sich aus der Vamed AG zurück. Sie geben ihre Anteile von 13 und zehn Prozent an den deutschen Mehrheitseigentümer, den börsennotierten Krankenhausbetreiber Fresenius ab, wie sie heute mitteilten.

Die Geschäftsbereiche der Vamed waren in den vergangenen Wochen auf verschiedene Unternehmen aufgeteilt worden. **Die Thermen und den AKH-Betrieb übernahmen Porr und STRABAG.** Nur für das internationale Projektgeschäft gibt es keine Zukunft.

### ÖBAG: „Stillschweigen“ über Kaufpreis

Wie die ÖBAG heute mitteilte, habe man sich mit Fresenius geeinigt, eine seit 1996 bestehende Call/Put-Option umzusetzen. „Über den Kaufpreis,

der auf den Rahmenbedingungen der ursprünglichen Privatisierung basiert, wurde Stillschweigen vereinbart“, hieß es in der Aussendung der ÖBAG.

Die B&C Holding, die Mehrheiten an den börsennotierten Industriekonzernen Lenzing, Semperit und AMAG hält, sagte, das Ausscheiden der B&C-Gruppe erfolge im Zusammenhang mit dem von Fresenius eingeleiteten strukturierten Ausstieg aus der Vamed, bei dem für verschiedene Vamed-Geschäftsbereiche langfristige Entwicklungsmöglichkeiten unter einer neuen Eigentümerstruktur geschaffen werden. Die Transaktion sei mit 29. Mai vollzogen worden.

red, ORF.at/Agenturen

-----

[Überblick verloren? - Drastische Schrumpfkur für Gesundheitsriesen Vamed | krone.at](#)

**ÜBERBLICK VERLOREN?**

# Drastische Schrumpfkur für Gesundheitsriesen Vamed

[Wirtschaft](#)

Krone, 03.11.2023 16:11

**Zuerst tauchten Verluste auf. Dann kam es zum Managementwechsel. Erste Sanierungsschritte wurden gesetzt, das Auslandsgeschäft wird zurückgefahren. Dazu kommen noch Gerüchte über einen möglichen Verkauf des Gesundheitsriesen mit Sitz in Wien, der mehrheitlich der deutschen Fresenius gehört.**

Die Erfolgsgeschichte des Gesundheitskonzerns Vamed (2,3 Milliarden Euro Umsatz, rund 20.000 Beschäftigte) hat seit Ende 2022 einen unerwarteten Knick bekommen. Durch Projektverzögerungen ging der Umsatz zurück. Man rutschte in die Verlustzone. Kern der Kritik war, dass beim schnellen Wachstum der Überblick verloren ging. Schließlich war die Vamed in 100 (!) Ländern tätig.

[Der umstrittene Deal um Reha-Zentren hätte sich verhindern lassen - Joseph Gepp - derStandard.at ›](#)  
[Diskurs](#)

[Österreichs Staat zieht sich aus Vamed zurück](#)